

Bezugspreis: Vom 1. Oktober bis 31. November 14 Milliarden M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1. Oktober bis 31. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Ungarn 14.500 Millionen, für das übrige Ausland 14.500 Millionen. Postbezugspreis (z. B. Leipzig) d.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Stellung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich am Sonntag und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einspaltige Kompletzeile 0,70 Goldmark, Reklamzeile 0,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (zählend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengesuche das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 31. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distants-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

# Sozialdemokratische Regierung in Sachsen

## Die Reichstagsfraktion vor der Entscheidung.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschloß nach mehrstündiger Beratung, an der die Genossen Wels und Dittmann vom Parteivorstand teilnahmen, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden. Genosse Jellisch hat sich bereit erklärt, das Präsidium zu übernehmen. Die Demokraten werden die Regierung unterstützen.

Dresden, 30. Oktober, 12 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Das neue sächsische Ministerium ist gebildet worden. Es setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Jellisch; Innenminister Liebmann; Finanzminister Heide; Wirtschaftsminister noch unbestimmt; Arbeitsminister Graupe; Justiz Neu; Volksbildung Fiehnert.

Das Wehrkreiskommando hat unsere Parteiblätter in Dresden, Plauen, Chemnitz und Zwickau verboten, weil sie den Aufbruch zum Generalkrieg abgedruckt hätten.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Mit einstündiger Verspätung wurde der Landtag abends um 10 Uhr vor schwach beschlem Hauke wieder eröffnet. Es entspann sich sofort eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, die mit einer weiteren vierstündigen Vertagung des Hauses endete. Nach Ablauf der Pause wird bekanntgegeben, daß die Sitzung auf nachts 1/2 Uhr verlagert ist mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Die Fraktionen traten darauf erneut zur Beratung zusammen. Die Wahl des Genossen Jellisch, der im ersten Kabinett Zeigner Wirtschaftsminister war, ist gesichert. Es ist anzunehmen, daß die bevorstehende Nachsitzung von kurzer Dauer sein wird. Die Kommunisten und Demokraten werden sich mit der Verlesung einer kurzen Erklärung begnügen. Während die Kommunisten auf eine neue das Verrätergeschrei gegenüber der Sozialdemokratie erheben, werden die Demokraten gegen die Maßnahmen des Wehrkreiskommandos und des Reichskommissars Stellung nehmen und im übrigen ihre Loyalität für den neuen Ministerpräsidenten bekunden.

### Die Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Angesichts der Vorgänge in Sachsen haben die sozialdemokratischen Reichsminister dem Vorstand der Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Der Fraktionsvorstand hat in seiner Sitzung vom Dienstag die Minister ersucht, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die Mittwoch nachmittags um 1 1/2 Uhr zusammentritt. Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses war u. a. auch der Anstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen, über die am Dienstag in Dresden verhandelt wurde, abgewartet werden sollte.

Eine ultimative formulierte Forderung der SPD., bis Dienstag 6 Uhr abends eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob man bereit sei, mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, wurde in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts abgelehnt. Zu den in dem Schreiben der SPD. aufgestellten Einzelforderungen nimmt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion selbständige sächsische Stellung.

Der Beschluß unserer sächsischen Genossen, eine neue verfassungsmäßige Regierung zu bilden, ist in hohem Maße zu begrüßen. Er zeigt, daß die Sozialdemokratische Partei in Sachsen von einem starken Verantwortungsgefühl gegenüber dem Lande und seiner werktätigen Bevölkerung getragen wird. Wäre sie nur der Eingebung des Temperaments gefolgt, so hätte nichts näher gelegen, als daß sie sich einstweilen beiseite gestellt und zugehört hätte, wie die Heinze und Müller mit der bisher bewährten Geschicklichkeit weiterregierten. Sie hat aber keine Verärgerungspolitik getrieben, sondern ihre Entschlüsse so gefaßt, wie es das Interesse des sächsischen und des ganzen deutschen Volkes erforderte.

Rum erhebt sich aber erst recht die Frage, ob es notwendig war, um den sächsischen Topf zu leimen, einen solchen Scherbenhaufen im Reiche anzurichten. Es ist hier schon wiederholt gesagt worden, daß es nur eine Frage von Tagen war, wann die Koalition unserer sächsischen Genossen mit den treulosen und wortbrüchigen Kommunisten auseinanderging. Das Ergebnis, das jetzt erzielt worden ist, wäre ohne den ganzen Klamauf der letzten Unglückstage billiger und schmerzloser zu haben gewesen.

Heute wird nun die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tagen. Sie wird sich die Frage vorlegen, ob so wie bisher innere Politik weitergetrieben werden kann, und es ist vorzuziehen, daß sie diese Frage verneinen wird.

Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei auf die Reichspolitik nicht den Einfluß besitzt, der ihrer Stärke und Bedeutung entspricht. Wenn sie, die genau die Hälfte der Regierungsmehrheit stellt,

sich mit kaum einem Viertel der Sitze im Kabinett zufrieden gegeben hat, so geschah das unter der Voraussetzung, daß man das Gewicht ihres Rates nicht nach der Zahl ihrer Stimmen schätzen werde. Hinter den drei sozialdemokratischen Ministern stehen 173 Abgeordnete und viele Millionen Wähler. Diese Minister verfügen über reiche politische Erfahrung und stehen mit breiten Volksmassen in enger Fühlung. Es geht nicht an, daß über ihre Bedenken zur Tagesordnung übergegangen wird von einer Mehrheit, die aus sehr tüchtigen Fachleuten, wird von einer Mehrheit, die aus sehr tüchtigen Fachleuten bestehen mag, aber gewiß nicht allenthalben aus geschulten Politikern besteht.

Die Verhältnisse im Kabinett hätten vielleicht trotzdem ins Gleichgewicht gebracht werden können, wenn sie nicht durch den militärischen Ausnahmezustand total verschoben worden wären. Nichts ist für diesen Zustand bezeichnender, als die Tatsache, daß Herr Dr. Gehler als militärischer Oberbefehlshaber keine Entschlüsse „nur aus Loyalität“ dem Kabinett mitteilt, gewissermaßen aus Gnade, weil er es eigentlich ja gar nicht nötig hätte. Eine derartige Handhabung der Geschäfte macht die sozialdemokratischen Minister beinahe zu geduldeten Jaungütern und beirät das Koalitionsprinzip seines Sinnes, da der Einfluß der Koalitionsparteien in lebenswichtigen Fragen nahezu gänzlich ausgeschaltet wird.

Mögen sich die Philister der bayerischen Konterrepublik für ihren Generalkriegskommissar begeistern, der die verfassungsmäßige Regierung zu einem Schatten degradiert, die verfassungsrechtliche Entwicklung des Reiches zu einem Generalkriegskommissariat würden wir für höchst unheilvoll halten. Sie vertritt sich nicht mit dem staatsrechtlichen Aufbau der Republik, nicht mit dem Grundsatz der Verantwortlichkeit, also auch nicht mit dem Wesen der parlamentarischen Koalitionsregierung.

Der militärische Ausnahmezustand ist nicht mehr haltbar. Die sozialdemokratischen Reichsminister dürfen nicht als lebendiger Schutzwall vorgeschoben werden für Handlungen, die sie mit ihrer Leberzeugung nicht decken können. Wollte man auf derartige Verluste verzichten und der Sozialdemokratie die ihr gebührende Stellung innerhalb der Regierungskoalition einräumen, dann müßte die innere Politik des Reiches einen ganz anderen Weg nehmen als den, den sie in den letzten Tagen gegangen ist.

Die Sozialdemokratische Partei hat ein schweres Opfer gebracht, in dem sie, dem Wunsch der bürgerlichen Mittelparteien folgend, in die große Koalition eintrat. Sie hat damit die Notwendigkeit auf sich genommen, vor ihren Anhängern Maßnahmen zu vertreten, die, obwohl zum Teil unvermeidlich, alles andere als populär sind. Aber seit sie den Rückweg in die Regierung gefunden hat, findet sie sich von reaktionären Intrigen umlauert, die auch auf die Regierungspolitik nicht ohne Einfluß geblieben sind. Dem Gebot des Herrn v. Kahr folgend, daß die verhassten „Marxisten“ aus der Regierung herausmüssen, hat man geböhrt und geheßt und Minen gelegt. So ist die Regierung Stresemann zum zweitenmal in der kurzen Zeit ihres Bestehens in eine lebensgefährliche Krise geraten, zum schwersten Schaden des Reiches, das in seinem gegenwärtigen Zustand stabile Regierungsverhältnisse nötiger braucht denn je.

Nachdem nun in Sachsen durch die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung wenigstens der Anfang zur Überwindung der Schwierigkeiten gemacht worden ist, bleibt die große Schicksalsfrage, ob Bayern auf dem Weg der Verfassung zurückgebracht wird oder ob umgekehrt das Reich vor dem bayerischen Berrat kapituliert. Wenn die „Kreuzzeitung“ ihren neuesten Leitartikel mit der herausfordernden Leberschrift verleiht: „Reichseinheit oder Koalition“, so beweist sie, daß für die preußische Junkerfronde noch immer das Wort gilt, das der alte Hohenzoller auf sie geprägt hat: „Diese Herren pfeifen auf das Reich.“ Sie sind bereit, die Trümmer des Reiches noch einmal in Trümmer zu schlagen, wenn nur ihren reaktionären Plänen damit gebient zu sein scheint.

Sollten heute die letzten Wachen von dem Deich zurückgezogen werden, der sich dem Anprall der zerstörenden Hochflut entgegenstemmt, so wäre das ein sicheres Zeichen dafür, daß der Deich verloren ist. Und geht er verloren, so geschieht das, weil außer den Sozialdemokraten niemand da war, der den festen Willen hatte, ihn zu halten.

Dollar in New York: 95,24 Milliarden Mark (Schlußkurs)

### Bayern vor der Entscheidung.

München, 30. Oktober. (M.B.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, ist der Ministerrat am Vormittag zusammengetreten und tagte über die Mittagsstunden hinaus. Die Sitzung diente vorerst einer informatorischen Aussprache über Bedeutung und Tragweite der Berliner Mitteilung vom 27. Oktober. Vor der endgültigen Entscheidung, die kaum vor Ende der Woche zu erwarten ist, sollen auch noch die Führer der Koalitionsparteien gehört werden. Diese treten heute zu einer Besprechung unter sich zusammen. Das Ergebnis der Besprechung wird der Staatsregierung in einer gemeinsamen Beratung unterbreitet werden.

### Kahr erkundet . . .

Generalkriegskommissar v. Kahr hat an sämtliche bayerische Gendarmeriestationen folgende „streng geheime“ Anordnung gegeben:

„Die Lage in Sachsen und Thüringen erfordert, daß an der bayerischen Grenze Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Hierzu ist vor allem erforderlich, daß alle bedeutsamen Vorgänge auch in den nicht Grenzbezirken erkundet und raschestens der Regierung gemeldet werden. Wichtig ist vor allem, möglichst bald ein eingehendes Bild über die politische Lage und Stimmung dies- und jenseits der bayerischen Grenzen zu erhalten. Es ist vor allem festzustellen:

1. Sind in Sachsen und Thüringen bereits kommunistische und sonst linksstehende Organisationen festgestellt, wo und in welcher Stärke und mit welchem Zweck.
  2. Besteht die Absicht, jenseits der bayerisch, sächsischen, thüringischen Grenzen bei allenfallsigen Reichsaktionen Widerstand zu leisten. Wie ist der Widerstand beabsichtigt, ist etwa unter Umständen sogar ein Uebertritt kommunistischer oder anderer Verbände nach Bayern beabsichtigt.
  3. Ist kommunistischer Kurierdienst bereits aufgerufen und in Tätigkeit? Wie kommt er zum Ausdruck, besteht eine Verbindung zwischen den Anhängern der kommunistischen Partei in Bayern mit jenen in Sachsen und Thüringen?
- Da anzunehmen ist, daß zwischen den linksgerichteten Kreisen in Bayern, Sachsen und Thüringen ein rege Verbindung besteht, wird es bei der nötigen Aufmerksamkeit namentlich durch strenge Ueberwachung der sozialistischen, kommunistischen Führer möglich sein, Zweckdienliches zu erfahren. Die Stationen werden angewiesen, sich auch der Mitwirkung von Vertrauenspersonen bei der Erkundigung der Vorgänge im Lande zu sichern. Namentlich ist mit den vaterländischen Verbänden, deren Mitglieder alle Kreise der Bevölkerung umfassen und die sicher da und dort Zweckdienliches erfahren, Verbindungen aufzunehmen und zu unterhalten. Auch mit den zuverlässigen Beamten des Forst-, Zoll-, Post- und Eisenbahndienstes, die mit allen Schichten der Bevölkerung dauernde Fühlung haben, ist steter Verkehr und Meinungsaustausch aufrechtzuerhalten, insbesondere ist mit ihnen zu vereinbaren, daß alle wahrgenommenen Vorgänge und in Erfahrung gebrachten Mitteilungen sofort der Gendarmerie gemeldet werden.“

### Die Anhörung vertagt.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Reparationskommission sich gestern nachmittags programmgemäß mit der deutschen Note vom 24. d. M., in der um Ueberprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit gebeten wurde, beschäftigt hat. Doch wurde die Anhörung deutscher Vertreter, wie es die letzten Nachrichten voraussehen ließen, vertagt.

Der „Temps“ begründet diesen Beschluß damit, daß zunächst die Frage des Zustandekommens einer interalliierten Sachverständigenkonferenz geregelt werden müßte. Das Blatt meldet aus London, daß insbesondere die englische Regierung sich einer sofortigen Anhörung deutscher Vertreter widersetzen wollte, um zuerst die Frage der Sachverständigenkommission zu klären. Wäre die Reparationskommission über diesen Einspruch hinweggegangen, dann hätte der englische Vertreter Bradbury den Auftrag gehabt, die Frage der Befehlsgewalt der Ruhrbesetzung aufzuwerfen.

Die „Times“ meldet aus Washington, daß trotz der Rede Poincarés die amerikanische Regierung noch immer die Möglichkeit für sich erblickt, an einer Beratung zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit mit teilzunehmen.

Es sei die deutsche Absicht der amerikanischen Regierung, daß, wenn die von den Sachverständigen gesammelten Informationen

die Unmöglichkeit zeigen sollten, von Deutschland die Summe einzubringen, die von ihm verlangt werde, weder Frankreich noch irgendeine andere Regierung sich einer Abänderung der Beträge widersetzen könne. Was vor allem wichtig sei, sei, daß die Unternehmung unter solchen Bedingungen vor sich gehe und daß die Tatsache in einer derartigen Weise unterbreitet werde, daß kein Zweifel an der Richtigkeit des Berichts des Ausschusses besteht.

### Wiederaufnahme der Militärkontrolle gefordert.

Paris, 30. Oktober. (WTA.) Havas meldet: Die Völkerkongressen hat heute beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zugehen zu lassen, in der sie auf die Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle drängt. Die Konferenz hat ferner beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der Kontrollkommissionen in Deutschland einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

### Gesetz verbietet die „Volkszeitung“.

Der „Berliner Volkszeitung“, die bekanntlich schon einmal verboten war, ist gestern folgendes Schreiben zugegangen:

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten verbiete ich Herstellung und Vertrieb der „Berliner Volkszeitung“ vom 30. Oktober an auf die Dauer von einer Woche, da sie in ihrer Nr. 506 vom 29. Oktober in der Ueberschrift und im Betiteltel die Maßnahmen der Reichsregierung gegen Sachsen als Staatsfeind und Verräter bezeichnet hat.

Dieses Verbot gilt auch für jede andere Zeitung, die als Ersatz für die verbotene neu herausgegeben oder ihren Bezählern zugestellt wird.

Dr. Gehler.

Wir halten das Verbot für ungerechtfertigt, erstens, weil die „Volkszeitung“ als republikanisches Blatt in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat und zweitens, weil ihre Auffassung vom Charakter des Vorgehens gegen Sachsen staatsrechtlich vertretbar ist. Die Reichsregierung sollte sich freuen, daß es Blätter gibt, die um die Erhaltung der republikanischen Verfassung ehrlich besorgt sind, und sie sollte solche Blätter nicht verbieten, sondern fördern. Herr Gehler aber, der sich erfreulicherweise wieder gesund gemeldet hat, sollte einmal in seiner eigenen Fraktion herumhören, wie man über solche Verbote denkt.

### Untersuchung der Freiburger Vorfälle.

Das Reichswehrministerium und das Reichsministerium des Innern werden je einen Vertreter nach Freiburg (Sachsen) entsenden. Ihre Aufgabe ist, dort eine unparteiliche Untersuchung der blutigen Vorfälle vorzunehmen.

### Ersparmaßnahmen der Reichsregierung.

Die Reichsregierung veröffentlicht eine längere Erklärung über Ersparmaßnahmen des Reiches, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Form von Verordnungen mit Gesetzeskraft beschlossen wurden. Es handelt sich um einzelnen folgende Punkte:

1. Da das Reich nicht mehr imstande ist, die Lasten zu tragen, die sich aus den Sachlieferungsverpflichtungen in Erfüllung des Vertrages von Versailles ergeben, so sind solche Lieferungen seit dem 11. August auf Grund eines Kabinettsbeschlusses, der der Reparationskommission mitgeteilt wurde, nicht mehr abgeschlossen worden. Nummehr hat auch die Zahlung von Entschädigungen aus den Abrüstungsschadensrichtlinien vom 21. Mai 1920 ausgesetzt werden müssen. Weitere Zahlungseinschränkungen lassen sich nicht vermeiden.

2. Es tritt eine Neuordnung der Liquidations- und Ausgleichsschäden in Kraft. Eine Beihilfe des Reiches für Katastrophenschäden ist völlig in Wegfall gekommen. Die Stammenschädigung wird auf 2 v. T. des Vorkriegskurses in Gold festgesetzt; dazu tritt ein Entwertungszuschuß in Höhe von 3 v. T. Die Belastung des Reiches wird sich hierdurch auf etwa 1/4 der bisher geschätzten Summe verringern. Soweit Gegenstände aus An-

laß des Vertrages von Versailles enteignet worden sind und nicht unter das Reichsentschädigungsgesetz fallen, ist die Aussetzung der Entschädigungszahlungen durch besondere Verordnung angeordnet.

3. Es wird eine Abgeltungsverordnung erlassen, auf Grund deren sämtliche Ansprüche gegen den ehemaligen Heeres- und Marinepersonal in einem beschleunigten Verwaltungsverfahren abzugelten sind. Mit wenigen Ausnahmen (Kriegsschäden, Versorgungsansprüche) fallen alle derartigen Ansprüche, soweit sie nicht bereits rechtskräftig festgestellt sind, unter die Verordnung.

4. Die Zahl der Reichsbeamten soll in kurz bemessener Frist um 25 Proz. vermindert werden. Die Auswahl der zu entlassenden Beamten ist durch die Beamtenabbauverordnung genau geregelt. Politische und konfessionelle Gesichtspunkte dürfen dabei keinerlei Rolle spielen. Bei Bemessung des Wartegeldes ist die Regierung bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Reiches gegangen. Der Abbau bezieht sich naturgemäß auch auf die Angestellten des Reiches, von denen nur die aus zwingenden dienstlichen Gründen unentbehrlichen Kräfte beibehalten werden sollen. Die Ausdehnung der entsprechenden Maßnahmen auf die Länder und Gemeinden ist gewährleistet. Der Charakter des Berufsbeamtenstandes soll gewahrt bleiben.

Die Reichsregierung wird in der Einschränkung der Ausgaben auf allen Gebieten fortfahren.

Auf der Einnahmeseite des Etats steht die Lösung dringender Aufgaben bevor. Die Steuerzahlungen werden auf Gold umgestellt. Darüber hinaus wird mit allen Kräften an der Umgestaltung des Steuersystems gearbeitet. Die Bewertung der Vermögen soll in Goldmark erfolgen. Die Tarife sollen auf Goldmark lauten.

Auf diesem Wege, so schließt die Erklärung, werden wir das Ziel einer Bilanzierung des Haushaltes zu erreichen suchen: eines Haushaltes, der den Beginn der Gesundung der Finanzen bedeutet. Jede endgültige Lösung freilich hängt davon ab, daß endlich die außenpolitischen Fragen in einer für Deutschland tragbaren Weise erledigt werden.

Zu der Verordnung über den Beamtenabbau wird ergänzend mitgeteilt:

Die Entlassung aller über 65 Jahre alten Beamten ist vorgesehen. Beamte, die das 58. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von mindestens 10 Jahren zurückgelegt haben, können auf ihren Antrag ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden. Lebenslanglich angestellte Beamten, die eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt haben, können bei freiwilligem Ausscheiden bei späterer Dienstunfähigkeit oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres die Vorteile der Pension erhalten. Daneben können lebenslanglich angestellte Beamte auf ihren Antrag gegen Gewährung einer Abfindungssumme entlassen werden.

Schwerbeschädigte Beamte kommen für den Abbau in letzter Linie in Frage.

Noch nicht lebenslanglich angestellte Beamte, die eine längere als zehnjährige ruhegehaltfähige Dienstzeit zurückgelegt haben, können, bereits lebenslanglich angestellte Beamte sollen im Falle ihrer Entbehrlichkeit unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden.

Für verheiratete weibliche Beamte und Beamtinnen wird die Kündigungsmöglichkeit eröffnet, und zwar auch für den Fall, daß sie bereits lebenslanglich angestellt sind.

Die notwendige Ergänzung der Abbaumassnahmen liegt in dem Verbot der Neueinstellung von Beamten oder Beamtenanwärtern.

Eine erhebliche, mittelbar auch dem Personalabbau dienende Einschränkung der Ausgaben wird durch eine Reihe von Bestimmungen auf dem Gebiete des Versorgungswesens erreicht, die zunächst bestimmte Zulagen der Versorgungsberechtigten nicht nur in Fortfall bringen, sondern auch eine erhebliche Vereinfachung bei der Zahlung der Gehaltsrückstände und damit eine wesentliche Verringerung der Verwaltungskosten herbeiführen.

### Eisenbahner und Beamtenabbau.

Der Verbandsbeirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschäftigt sich in seiner letzten Sitzung auch mit der in Vorbereitung befindlichen Verordnung über den Beamtenabbau und brachte die Stellungnahme der organisierten Eisenbahner in folgender Entschließung zum Ausdruck:

Und diese Technik wird nie zu virtuosen Knalleffekten mißbraucht, sondern steht immer vornehm im Dienst der Sache.

So ließ der erste Teil des Programms, das uns die Riesenstadt im Blüthner-Saal vorführte, höchstes erwarten. Der zweite Teil aber entsprach dieser Erwartung nicht. Sie suchte Lyrisches, Seelisches zu gestalten und das mißlang. Den Ausdrucksmitteln ihrer explosiven Kunst fehlen die Mittelwege. Ihr Tanz verlangt Tageshelle, im gedämpften Schimmer farbigen Lichts wirkt er verworren und verblüffend. Das „Orientalische Märchen“ liied ohne Stimmung, in der „Traumbühne“ war das Zusammenfallen vor der Schlußhülle sehr schön, aber es war eine schöne Arabeske, die nur zu den äußeren Sinnen sprach. Alles in allem: eine sehr starke künstlerische Natur, die innerhalb ihres Gebiets Bollendes leistet. Aber das Gebiet ist streng begrenzt und es fehlt zum Höchsten das eine, das wichtigste: die Seele.

Ueber den Abend, den die Tänzerin Minna Schneeloth im Künstlerhaus veranstaltete, vermag ich nichts zu sagen. Es widerstrebt mir, in diesen schweren Tagen einem Mitmenschen ein Leid anzutun.

John Schifowski.

Renaissance-Theater: „Studentenliebe“ von Andrejew. Das Parquet soll durch Stimmung chloroformiert werden, dann ein wenig Hintertreppe, schließlich hässliche Werte. Zwei Akte gehen verloren, ehe es zum Handeln kommt. Das Handeln geschieht durch einen verliebten Studenten, der es nicht überwindet, daß seine Herzensdame von der Mutter verheiratet wird. Dieses russische Gerede, das sich verkaufen lassen muß, ist ein schwaches Geschöpflein. Es findet weder durch Revolver noch durch Gift den Weg aus seinem verlorener Leben. Darum stinkt es nur anbetend und Verzeigung erbittend ihrem Studenten zu Füßen, während die robusteren Menschen, insbesondere die mit ihrer Tochter wuchernde Mutter und die Bewerber des jungen Wesens in Rückertarbeit oder Besoffenheit triumphieren.

Andrejew pflegte das Gute mit der Kolportage zu mischen. Er scheute sich nicht vor dem größten Effekt, aber sein Verhältnis zu den Menschen war doch stärker als sein Verhältnis zum Antopp. Darum wollte man ihm im Renaissance-Theater auch die Ehre einer sehr russischen Vorstellung antun. Das gelang nun in allem, was Stimmung verlangte, gar nicht. Dort, wo die Szenen explodieren, spielte man schon besser. Adma Bahn, das schwankende Studentenmädchen; das Register, das sie beherrschen konnte, ist gewachsen. Frau Linda, Herr Gebühr, Herr Sternberg gefielen ungewöhnlich durch die Energie, mit der sie ihren Part vertraten. Herr Kaiser vom Staatstheater in Wien mußte für Herrn Abel einspringen, der in letzter Stunde abgesetzt hatte. Herr Abel spielte, Herr Kaiser freute sich. Aber es ist ein kläglicher Zustand, daß heute die Schauspielerei desertieren müssen, weil sie durch ein paar Willkürden vom anständigen Theater weggeführt werden. Es muß gesagt werden, daß Herr Kaiser als unglücklich liebender Student durchaus vergessen ließ, daß er nur einen Besessenen vertrat.

Jacques Arius in der Volksoper. Die „Tristan“-Aufführung in der Volksoper ist eine der besten, die man jetzt zu hören bekommt. Szenator, der Kapellmeister, hat für das Tempo, den Geist und die Gesangsbrunnst des Wertes eine bewährte, reife

„Verbandsbeirat und Vorstand des DGB. nehmen Kenntnis von der Verordnung der Reichsregierung über den Beamtenabbau. Sie bedauern lebhaft, daß die Reichsregierung die Forderung der Spitzenorganisationen, die Reorganisation der Verwaltung dem Beamtenabbau voranzustellen, abgelehnt, vor allem aber ihre Forderung auf Errichtung von paritätischen Schiedsstellen zum Schutze gegen willkürliche Entlassungen von Beamten nicht berücksichtigt hat.

Sie nehmen mit Entrüstung Kenntnis davon, daß die Reichsregierung den bisher von den Gewerkschaften verhinderten Bestrebungen einflussreicher Regierungsvertreter auf Beseitigung des Einspruchsrechts gegen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben nachgegeben und durch Artikel 16 der Beamtenabbauverordnung § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes aufgehoben sowie die Demobilisierungsvorschriften geändert hat.

Vorstand und Verbandsbeirat fordern vom Reichstag, daß Artikel 16 der Beamtenabbauverordnung aufgehoben wird.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, mit aller Energie zu verhüten, daß die beabsichtigte Entlassungsaktion auf die Arbeiter abgewälzt wird, da nach den bisher gemachten Erfahrungen die einseitige Entlassung von Arbeitern stets eine Schädigung der Betriebsführung der Reichsbahn herbeigeführt hat.“

### Abbau der Kohlenkontrolle.

Der starke Rückgang der Nachfrage nach Kohle hat den Reichswirtschaftsminister veranlaßt, einem Abbau des wichtigsten Organes der Kohlenverteilung, des Reichskohlenkommissars, zuzustimmen. Die zentrale Regelung der Kohlenverteilung auf industrielle Verbraucher und Hausbrandverbraucherbezirke kommt in Fortfall.

Der Reichskohlenkommissar wird sich in Zukunft im wesentlichen darauf beschränken, durch Einwirkung auf die Produktion und den Handel die Kohlenverteilung in großen Zügen im allgemeinen Interesse zu beeinflussen und in dringenden Fällen Ausschüssen zu veranlassen.

Zu den Aufgaben, die der Reichskohlenkommissar bis auf weiteres noch beibehalten wird, gehören die Regelung der Ein- und Ausfuhr von Brennstoffen, die Fürsorge für die Kohlenversorgung der Eisenbahnen, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und sonstiger Einzelwerke von besonderem öffentlichen Interesse, sowie um erforderlichenfalls wieder regelnd eingreifen zu können, eine allgemeine Beobachtung der Hausbrandversorgung.

Der Abbau der Kohlenwirtschaftsstellen und Landesstellenstellen, bis eine Einrichtung der Länder darstellten und der von den Kommunalverwaltungen eingesetzten Orts- und Kreisstellen ist Aufgabe der Länder oder Kommunalverwaltungen, die zum Teil bereits ihre Absicht des alsbaldigen völligen Abbaus ausgesprochen haben.

### Das Cottbuser Sondergericht.

#### Freisprechung der angeklagten Stoßtruppler.

Wegen versuchter Gefangenenerrettung, Mäßigung und Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 hatten sich am Dienstag vor dem Außerordentlichen Gericht in Cottbus die Mitglieder des zur Befreiung des Majors Buchrucker aus der Rüstener Kommandantur eingesetzten Stoßtrupps des Leutnants Hahn zu verantworten. Hahn wurde, wie erinnertlich, beim Buchrucker-Prozess zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der acht Angeklagten im Sinne der Anklage, während die Verteidiger, die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Willi Hahn und Dr. Soß aus Berlin, Freisprechung beantragten. Sie wiesen darauf hin, daß die Angeklagten gar keine klare Vorstellung von den Geschehnissen hatten, daß sie nicht darüber im Bilde waren, daß Buchrucker der Gefangene des Obersten Gudovius war. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

### Väterliche Abschreckungstheorie.

Ein Vater hatte zwei Söhne, Fritz und Franz, von denen Fritz folgjam, Franz aber ein unverbesserlicher Durstkopf war. Zu Weihnachten hatten sich beide von ihrem Weihnachtsgeld Soldaten gekauft, Fritz solche mit einer schwarzroldgoldenen Fahne, während Franzens Soldaten schwarzweißrote und blauweiße Abzeichen hatten. Der Vater, der kein Freund von Soldatenspielerlei war, verlangte, daß beide Söhne ungefäumt ihre Soldaten zurückgäben. Während Fritz diesem Befehle nachkam, streckte Franz seinem Erzeuger einfach die Zunge heraus. Weitere Aufforderungen quillerte er mit häßlichem Nachen. Der erzürnte Vater stellte darauf den artigen Fritz an seine Seite, den unartigen Franz sich gegenüber und sprach folgendermaßen:

„Franz, wenn du nicht sofort parierst, sollst du einmal sehen, was dir passiert. Zuerst haue ich dir ein paar Ohrfeigen von solchem Kaliber — und damit verzehte er dem artigen Fritz ein paar Rausschellen größten Formats.

„Wenn das noch nicht heßen sollte,“ so fuhr der Vater fort, „so werde ich dich bei den Haaren nehmen.“ Mit diesen Worten ergriff er den artigen Fritz bei der Locke und schleifte den Schreienden zehn Minuten lang im Zimmer umher. „Sollte aber auch dies vergeblich sein, so werfe ich dich einfach zur Tür hinaus. Und er gab dem heulenden Fritz einen Stoß, so daß dieser die Treppe herunterfiel.

„Nun hast du gesehen,“ sprach der Vater, sich den Schweiß wischend, zu Franz, „was dir im Falle weiteren Ungehorsams bevorsteht. Wirst du nun parlieren?“

Da zeigte Franz dem Vater seine breite Rückseite. Dieser kratzte händeringend: „Bei dem Jungen heßen auch die besten Lehren nichts!“

Diese Geschichte ist tatsächlich in Deutschland passiert. Wie und wo, das zu erraten bleibt dem Leser überlassen.

Mich. von Lindenhecken.

### Animalisches und seelisches Temperament.

Wenn ihr Name auf „ini“ oder „ento“ endigt, würde man sagen: sie hat Rasse. Da sie aber Leni Riefenstahl heißt, legt man sich mit der Feststellung, daß sie Temperament hat. Ein sehr starkes und eigenartiges Temperament. Man könnte es animalisch nennen. Es äußert sich nicht in seelischer Ekstase, sondern in körperlichem Furor. Lust und Leiden am bloßen schlichten Dasein sprüht und glüht aus den oft wunderbar suggestiven Linien ihrer Züge. In starrtem Haar, mit gassenjungenhaft schlendernden Gliedmaßen und stoßenden, wackernden Rumpfbewegungen tonzt sie einen phantastischen Walzer. Eine Gavotte gestaltet sie in präzisionsvoller Herbeheit, die zu der schlanken Magerkeit des Körpers paßt und die sich von aller eadigen Seilheit frei hielt. Die H-Moll-Einfonie war in reiner rhythmische Bewegung aufgelöste Musik. In der Mazurka glänzte ihre Technik mit fabelhaft sicherem Aptomb.

## Arbeitsaufnahme bei Krupp.

### Abmachungen mit der Ingenieurkommission.

Die Verhandlungen zwischen der Krupp-WG. und der Ingenieurkommission haben zu vorläufigen Abmachungen geführt, deren Einzelheiten bis jetzt noch nicht bekannt sind. Nach Aussagen französischer Kreise hat sich die Firma Krupp bereit erklärt, 20 Proz. ihrer gesamten Produktion der Reparationskommission zur Verfügung zu stellen und die Kohlensteuer zu bezahlen. Auf die nachzubehaltende Kohlensteuer soll der Wert der beschlagnahmten Erze und der Eisen- und Stahlvorräte angerechnet werden. Infolge dieser Regelung ist die Wiederaufnahme der Arbeit durch 75 000 Angehörige der Kruppwerke gesichert. Die Direktion hofft, in kurzer Zeit wieder zur Vollarbeit übergehen zu können. Der Abschluß der Verhandlungen mit der Firma Thyssen steht bevor. Ueber die Aufnahme des Schiffverkehrs auf dem Rhein-Herne-Kanal wird zurzeit ebenfalls verhandelt.

Essen, 30. Oktober. (WZB.) Die Bemühungen, das Wirtschaftliche wieder in Gang zu bringen, haben zur Bildung von Wirtschaftsräten geführt. Nachdem der Düsseldorf-Ausschuß bereits zusammengetreten ist, tagte gestern der Essener Ausschuß zum erstenmal. Es wurden Kommissionen gebildet; in sachliche Verhandlungen wurde nicht eingetreten. In unterrichtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß durch die Bildung von Wirtschaftsausschüssen für einzelne Bezirke eine Dezentralisation Platz greift, die dem Verlauf der Verhandlungen nicht günstig ist.

## Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge.

### Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung.

Durch eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird am 1. November die Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge in Kraft gesetzt. Die Beiträge werden in Form eines Zuschlags von 20 Proz. zu den Krankenkassenbeiträgen erhoben. Diese Zuschläge tragen die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je zur Hälfte.

Dementsprechend sind die Arbeitgeber gehalten, von den vom 1. November ab fälligen Gehalts-, Lohn- usw. Zahlungen, soweit sie Abzüge für Krankenkassenbeiträge unterliegen, einen weiteren Beitrag in Höhe von 10 Proz. des jeweiligen Krankenkassenbeitrages in Abzug zu bringen und zugleich mit den von den Arbeitgebern selbst zu leistenden Beiträgen an die Krankenkasse abzuführen.

Die Arbeitgeber sind weiter verpflichtet, gleichzeitig mit der Abführung der Beiträge der Krankenkasse mitzuteilen, welche Beiträge auf die Krankenversicherung und welche Beiträge auf die Erwerbslosenfürsorge entfallen. Auf diese Verpflichtung wird besonders hingewiesen, da im Falle der Nichtbeachtung den Krankenkassen ein erheblicher Schaden erwachsen könnte, für den diese wiederum die Arbeitgeber selbst haftbar machen müßten.

Mit Wirkung vom 1. November d. J. kommt die Verpflichtung der Arbeitgeber, die Krankenkassenbeiträge für die in ihren Betrieben vorläufig arbeitenden Personen nach ihrem unvollständigen Arbeitsverdienst zu leisten, in Wegfall. Die Gemeinden leisten daher für etwaige für die Zeit nach dem 1. November d. J. für Kurzarbeiter abgeführten Krankenkassenbeiträge keinen Ersatz mehr.

Neu ist, daß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises die Erwerbslosenunterstützung von einer Arbeitsleistung gemeinnützigen Charakters, soweit die Gelegenheit dazu besteht, und für Erwerbslose unter 18 Jahren mangels solcher Gelegenheit von der Teilnahme an Veranstaltungen der beruflichen Fortbildung oder der allgemeinen Bildung abhängig zu machen hat.

Die Kurzarbeiterfürsorge ist wie folgt neu geregelt: Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und erzielen sie deswegen weniger als fünf Sechstel ihres vollen Arbeitsverdienstes, so erhalten sie 40 v. H. des Unterschiedes zwischen ihrem Arbeitsverdienst und fünf Sechsteln des vollen Verdienstes als Kurzarbeiterunterstützung. Die Kurzarbeiterunterstützung vermehrt sich für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen um 10 v. H. dieses Unterschiedes, bis fünf Sechstel des vollen Verdienstes erreicht sind. Auf Verlangen des Vorsitzenden des öffentlichen Arbeitsnachweises hat aber der Arbeitgeber die Kurzarbeiterunterstützung einzustellen, wenn die Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und die Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu besorgen.

## Fälscher Ansbach vor Gericht.

### Urteil: 3 Jahre Gefängnis.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I begannen am Montag die Verhandlungen gegen den politischen Dokumentenfälscher Ansbach. Es standen vor der Kammer zwei getrennte Anklagen an. In dem Hauptfall, der zuerst verhandelt wurde, handelte es sich um die politischen Fälschungen. Ansbach hatte eine Reihe Berichte über militärische Vorgänge angefertigt und als angeblich aus amtlichen Archiven entnommen an auswärtige Regierungen verkauft. Das Gericht beschloß zunächst den Ausschluß der Öffentlichkeit in vollem Umfange, da durch die öffentliche Verhandlung der Staatsicherheit Gefahr drohe. In der Verhandlung bestritt Ansbach jede Fälschung. Er behauptete, daß er die bei ihm in großen Mengen gefundenen Formulare von Dienststellen und Behörden aus Sammelinteresse sich verschafft habe. Ein vernünftiger Grund liege ja dafür nicht vor, aber er habe es nun einmal getan. Ansbach ist im Gefängnis von den Gerichtsräten Sanitätsrat Dr. Leppmann und Dr. Hirsch auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Die Sachverständigen sind auch zur Erstattung eines Gutachtens zugezogen. Unter den etwa 20 Zeugen wurde auch Oberregierungsrat Dr. Weiß vom Berliner Polizeipräsidium vernommen.

In den späten Abendstunden wurde das Urteil gefällt. Es lautet auf 3 Jahre Gefängnis; 1 Jahr 6 Monate der ersten Untersuchungshaft wurden angerechnet. Das Gericht hat es als erwiesen erachtet, daß sich Ansbach des Vergehens gegen § 6 des Gesetzes, gegen den Verrat militärischer Geheimnisse, schuldig gemacht hat, indem er mit Personen, die im Interesse einer ausländischen Macht tätig waren, Beziehungen unterhalten habe. Einen breiten Raum in der Urteilsbegründung nahm die Auseinandersetzung des Gerichts mit dem Einwand der Verteidigung ein, daß dieses Gesetz auf Grund der militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nicht mehr anwendbar sei. Das Gericht bekannte sich hierzu zu einer anderen Auffassung und wies auch den weiteren Einwand der Verteidigung zurück, daß das Gesetz nur den Verrat wirklicher militärischer Geheimnisse, nicht aber den Verrat von Fälschungen treffen wolle. Wie wir hören, wird gegen das Urteil seitens der Verteidigung Revision angemeldet.

**Zensurverbot.** Das Wehrkreiskommando II Stettin hat von rechtschreibenden Zeitungen die „Stargarder Zeitung“ und die „Lauenburger Zeitung“, von linkschreibenden den sozialdemokratischen „Hinterpommer“, Köhlin, verboten.

# Konferenz der Berliner Funktionäre.

Die Berliner Funktionäre nahmen gestern zu der durch die Vorgänge in Sachsen geschaffenen Lage Stellung. Genosse Künzler und die Genossin Wurm waren vom Bezirksvorstand nach Dresden entsandt und gaben Bericht über ihre dort empfundenen Eindrücke und Feststellungen.

Zunächst sprach Gen. Künzler. In dem schweren Kampfe, den die sächsischen Arbeiter zu führen haben, brauchen sie die Unterstützung der Genossen im Lande. (Sehr richtig!) Der ganze Vorstoß der Reaktion in Sachsen galt nicht nur dem Gen. Zeigner, sondern dem ganzen sächsischen Proletariat. Dafür zeugt das Auftreten des Dr. Heintze und des „republikanischen“ Generals Müller. Die Genossen waren sich darüber einig, daß die Reichsregierung

**durch nichts zu ihrem Vorgehen gegen Sachsen berechtigt** war. Der Redner verurteilte scharf das Verhalten der Kommunisten, die der Reaktion geradezu in die Hände gearbeitet haben. Aber dennoch habe die Reichsregierung kein Recht zu ihrem ultimativen Vorgehen. Es war vor allem Aufgabe der sächsischen Regierung, mit diesen Zuständen aufzuräumen. Zu solchem Vorgehen hatte die Reichsregierung gegen Bayern alle Veranlassung. (Lebhafte Zustimmung.)

**Wo ist die deutsche Republik hingekommen?** In Dresden hat die Reichswehr die sächsischen Minister mit aufgepflanztem Bajonett hinausgetrieben. (Große Entrüstung.) Wie muß die Republik im Ausland beurteilt werden! (Sehr wahr!)

Die Kommunisten haben zu Gewalttätigkeiten aufgerufen und haben damit der Reaktion in die Hände gearbeitet. Die „Kreuzzeitung“ hat in jubelnden Tönen den Schritt der Reichsregierung in Dresden begrüßt, sie schent sich aber nicht, anzuerkennen, daß Herr Kahr in Bayern die Reichsfliegergehele sabotiert. Was gedenkt dagegen die Reichsregierung zu tun? (Lebhafte Zurufe: Gegen Bayern ist sie nicht da!)

**In einer Betriebsversammlung in Freiberg**

hat schwerbewaffnete Reichswehr die Arbeiter mit der Waffe bedroht, und dadurch haben die Vorgänge dort ihren Ausgang genommen. Aus welchen Kapiteln des Gats werden die schwarzen Reichswehrsoldaten bezahlt? (Unruhe.) Wenn diese Reichswehrsoldaten entlassen werden sollen, wird Gehälter eine schwere Stunde erleben, denn diese Soldaten werden sich dann eben so wenig entlassen lassen, wie die Angehörigen der Brigade Ehrhardt.

Wir haben unsere Pflicht zu tun. Leisaktionen haben zu unterbreiten. Sie haben ihre Kraft für den großen Schlag der Konterrevolution (Veh. Unruhe. Zuruf: Wie lange noch warten?) aufzusparen. Der Redner verliest eine am Schluß wiedergegebene Resolution des erweiterten Bezirksvorstandes, die die Vorgänge in Sachsen scharf verurteilt und die großen Beifall auslöst, als der Ausruf der Sozialisten aus der Reichsregierung gefordert wird.

Dann sprach Genossin Wurm: In Sachsen ist nichts passiert, was die Reichsregierung zu ihrem Vorgehen veranlassen konnte. Ganz gemäß dem Vorgehen der Kommunisten war tatsächlich falsch, aber es ist auch falsch, geradezu wider besseres Wissen geschrien, wenn der „Vorwärts“ behauptet, daß in den kommunistischen Flugblättern zum bewaffneten Widerstand aufgefordert sei. Ich

**verurteile das Vorgehen der Kommunisten.**

Aber, was von rechts geschieht, geschieht gegen euch, und was von links geschieht, mag falsch sein, geschieht doch für euch. (Brausender Beifall.) Der Parteivorstand hat ein großes Aufgebot nach Sachsen geschickt: Hildebrand, Kaddbruch und andere. Sie sind hingeschickt worden, um ein Kompromiß zu erzielen. Der Parteivorstand hat vom Genossen Zeigner verlangt, daß er die kommunistischen Minister entlasse, daß er selber zurücktrete und eine Koalition mit den Bürgerlichen empfehle. (Unruhe.) Die sächsischen Genossen haben das abgelehnt. (Lebhafte Beifall.) Warum hat die Reichsregierung kein Ultimatum in Bayern gestellt. In Sachsen stellt sich die Reichsregierung auf junge Reichswehrsoldaten, die gegen die Arbeiterklasse verhetzt sind.

Heute abend ist die „Berliner Volkszeitung“ verboten worden (Lebhafte Unruhe), der „Vorwärts“ wird nicht verboten. Bürgerliche Blätter haben scharf gegen den Staatsstreik in Sachsen protestiert. (Zwischenruf: Stampfer!) Ja, ich wünsche, der Genosse Stampfer wäre hier und gäbe Ihnen über diese Haltung des „Vorwärts“ Auskunft. Wir bedauern auf das tiefste diese Maßnahmen, die nicht möglich gewesen wären, wenn der Reichspräsident nicht seine Zustimmung gegeben hätte. (Große Unruhe.)

Morgen findet eine Mitteldeutsche Konferenz der Partei statt. Fassen Sie Beschlüsse zu der heutigen Lage. Zeigen Sie, daß sie den Aufgaben gewachsen sind. (Beifall.)

Genosse Wittig aus Freiberg schildert die dortigen Vorgänge. In Freiberg haben die

### Nationalsozialisten ihren Hauptstich.

Dort ist noch heute die Firma Küchenmeister, die das Auto für die Raibenan-Wörter gestellt hat, in den nationalsozialistischen Kreisen führend. Dort wird die schwarze Reichswehr eingesetzt, die bei uns in Sachsen Ruhe und Ordnung schüßt. 27 Tote, über 22 Schwere- und 50-60 Leichtverletzte, das war die Helbenliste der nationalsozialistischen Reichswehr. (Pfeil!) Die Erwerbslosen hielten eine Versammlung. Als der Ruf erscholl: „Die Reichswehr fährt wieder Lebensmittel ab.“ ließen sie sich nicht mehr halten und ein einziger Wagen wurde geplündert. Das war das Signal dafür, eine Reichswehrwache in die Stadt zu legen. Nun erscholl auf dem Strahlen der Ruf: „Strafe frei!“ Wer sich umschau, wurde mit dem Gummistock geschlagen. Frauen und Kinder, Greise und Kranke, Straßenarbeiter sind in der unsinnigsten Weise von den 19-jährigen Leuten geschlagen und gestochen. Die berittene Reichswehr hat Kinder umgeritten. Arbeiterjamboree, die helfen wollten, wurden geschlagen und zur Wache geleitet. (Pfeil!) In einem Betrieb, wo eine Betriebsversammlung stattfand, brachen die Soldaten mit vorgehaltenen Waffen ein. In ausgespärtem Schützenlinie mit Artillerie ist die Reichswehr gegen Brand-Erbesdorf vorgegangen. Der Kommandeur der Reichswehr, mit dem wir verhandelten, erklärte, daß er alles auf Befehl von oben tue. Die abgedienten Soldaten läßt man in der Kaserne und die jungen Menschen laufen mit aufgepflanztem Bajonett durch die Straßen. Am Tage des Blutbades herrschte Ruhe. Voller Verkehr war auf den Straßen. Aber am Nachmittag durchrauten Autos, mit Maschinengewehren besetzt, die Straßen. Es wurde unser Lokal durchsucht. Die Menge wurde erregt und wollte einige Reichswehrsoldaten, die die Post holen sollten, nicht mehr in die Kaserne lassen. Nun ereignete sich etwas, was wir bedauern: Auf ein Auto, das herankam, wurden Steine geworfen. Wir wissen nicht, wer das getan hat. Darauf

## Kein Streik in Hanau.

Hanau, 30. Oktober. (Fig. Drahtbericht.) Die Meldung einer Telegraphenagentur, daß hier „allgemein gestreikt“ werde, ist falsch. Am Sonntag hatten die Betriebsräte schon die Beendigung des Proteststreiks erklärt. Am Montag wurde nicht „allgemein gestreikt“, sondern im Gegenteil allgemein gearbeitet.

Die Lübecker Bürgerchaft nahm in erster Lesung ein von den Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den Augustunruhen gegen den Gesamtstaat beantragtes Mißtrauensvotum in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 31 Stimmen an. Eine zweite Lesung wird noch stattfinden.

schon das Maschinengewehr: 16 Tote war der Erfolg. Als wir die roten bahren und die Vermundeten verbanden, lehrte das Auto in ruckelnder Fahrt zurück und schon ohne weiteres auf die Sanitäter, Polizisten usw. Die Sanitätsjahne ist durchlöcher. (Lebhafte Entrüstung.) Weitere Tote blieben auf dem Pflaster.

Unter großem Beifall wird ein Antrag, der fordert, den Reichspräsidenten aus der Partei auszuschließen, verlesen.

In der Diskussion sprach zunächst Gerhart Seger: Er begrüßt den Antrag, Ebert auszuschließen. Aber damit ist nichts erreicht. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, einige Führer auf der Strecke zu lassen. Es muß eine Revolution der Partei an Haupt und Gliedern eintreten. (Beifall.)

Stein: Jetzt erleben wir den Vorstoß der Gegenrevolution. Wie sie mit dem ganzen Reich zu verfahren gedenkt, zeigen die Vorgänge in Freiberg in Sachsen. Alle Schwäden in Hortho-Langarm werden verlassen gegen das, was sich in Deutschland ereignet wird. Der Plan der bayerischen Faschisten ist das wichtigste Ereignis. In der Grenze Thüringens, das seinen Anstoß zum Einschreiten bietet, stehen Reichswehrtruppen und hinter ihnen Faschisten, an deren Spitze Kapitänleutnant Ehrhardt, der stehen konnte oder stehen mußte, weil er zuviel wußte über die Zusammenhänge zwischen Reichswehr und den illegalen Organisationen. Weil diese Gesellschaft den Weg nach Berlin frei haben will, mußte der Streich in Sachsen verübt werden. Daher kämpfen die Arbeiter in Sachsen für die gesamte Arbeiterklasse. (Zustimmung.) Lange wußten wir, daß der Bürgerkrieg kommen würde. Die Partei hat sich geopfert, ist in die große Koalition gegangen, um den Bürgerkrieg zu verhindern, den die Reaktion will. Wir wollten

**den Bürgerkrieg verhindern,** weil Deutschland in der Welt nicht Honnar, sondern Amboss ist. Aber die Reaktion pfeift auf Deutschland, es kommt ihr nur darauf an, die Macht wieder an sich zu reißen. Wir stehen vor der Wahl: entweder in Schanden unterzugehen oder kämpfend die Ehre der deutschen Arbeiter zu erhalten. (Beifall.) Mögen die bürgerlichen Politiker wissen, daß die deutschen Arbeiter nicht daran denken, sich unter ihr Joch kampflös zu beugen. Nicht alles, Parteigenossen, was von links kommt, geht zu unseren Gunsten, das möchte ich der Genossin Wurm sagen. (Beifall.) Bei allem Unmut, den wir über die Verhältnisse empfinden, stehen wir treu zu der Partei. Wir haben die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse zu verteidigen. (Beifall.)

Leppert spricht die Hoffnung aus, daß die Parteilichkeit und die Fraktion keine Entschlüsse fassen werden, die die Aktivität der Genossen dämpfen könnten.

Ein Antrag verlangt von den Gewerkschaften **die sofortige Verhängung des Generalstreiks.**

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Im Schlußwort betonte Genosse Künzler, daß in diesen Tagen der gesamte Bezirksvorstand keine Pflicht getan hat. Er bittet die Resolution des Bezirksvorstandes anzunehmen und ersucht, die Resolution über sofortigen Eintritt in den Generalstreik zurückzuziehen. Die Aktion muß geschlossen bleiben. Wer jetzt die Partei verläßt, ist ein Fahnenflüchtiger. Wir müssen uns gegenseitig stützen, um den Sieg zu erringen. (Beifall.)

Dann wird die

### Resolution

des Bezirksvorstandes einstimmig angenommen:

„Die Funktionärskonferenz Groß-Berlins verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen, das jeder rechtlichen verfassungsmäßigen Grundlage entbehrt, während gegenüber dem hochherräuerischen, offen gegen das Reich auftretenden Bayern außerordentliche Langmut an den Tag gelegt wird.“

Die Funktionärskonferenz stellt fest: Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen ist eine Verletzung der verfassungsgemäß gesicherten Demokratie. Sie fordert deshalb: „Die morgen tagende Reichstagsfraktion möge den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister aus der großen Koalition beschließen.“

Die Funktionärskonferenz protestiert gegen das in Hamburg vom Sondergericht gefällte Todesurteil, das in schroffem Gegenjag zu dem in Rotibus ergangenen befremdlich milden Urteil gegen rechtsgerichtete Hochverräter und Ausschüsse steht.

Die Funktionärskonferenz fordert von den Instanzen der Partei und Gewerkschaften alle Mittel vorzubereiten, um den Vorstoß der Reaktion abzuwehren. Die Funktionärskonferenz verpflichtet sich: Zur Abwehr aller reaktionären Bestrebungen und Angriffe gegen das Proletariat, gegen die Republik, alle Kraft der Arbeiterklasse einzusetzen. Die Funktionärskonferenz spricht den sächsischen Genossen ihre vollste Sympathie aus und wünscht dem Kampfe der sächsischen Arbeiter gegen die Reaktion den besten Erfolg.“

Ferner wurde noch folgende Entschlüsse gegen einige Stimmen angenommen:

„Die Funktionärnsammlung Groß-Berlins macht die Entschlüsse der erweiterten Ortsverwaltungen, die in der Friedrichshain-Versammlung getätigt wurde, zu der ihrigen.“

Die Funktionärnsammlung fordert ebenfalls von Partei- und Gewerkschaftsleitungen die planmäßige Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte und die sofortige ideologische und organisatorische Vorbereitung des Generalstreiks. Der Vormarsch der Konterrevolution kann nur abgestoppt, die Positionen der Arbeiterklasse können nur gehalten werden, wenn die Arbeiterklasse ihre wirksamste Waffe — den politischen Generalstreik — ungefurcht einsetzt.“

Endlich wurde gegen eine starke Minderheit folgender Antrag angenommen:

„Die Funktionärnsammlung der SPD. Groß-Berlins schließt sich dem Vorgehen der Funktionäre von Leipzig an und verlangt den sofortigen Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei. Eine Begründung nach den letzten Handlungen des Reichspräsidenten erübrigt sich.“

Die Versammlung sang darauf stehend die Internationale. Schluß 10 Uhr.

Mit dem Beschluß, den Ausschluß des Reichspräsidenten aus der Partei zu verlangen, sind die Berliner Funktionäre einem in Leipzig gegebenen Beispiels gefolgt. Solche Beschlüsse tragen nicht dem Umstand Rechnung, daß sich die Tätigkeit des Staatsoberhauptes in der Stille des Beratungszimmers vollzieht, so daß ohne genaueste Kenntnis vertraulicher Vorgänge ein zuverlässiges Urteil über sie nicht möglich ist. Im übrigen wünschen wir, daß sich die Funktionäre, die diesen Beschluß faßten, erst einmal auch alle die Verdienste erwerben mögen, die sich Genosse Ebert in langjähriger opferreicher Tätigkeit um die Partei erworben hat.

## Ein sonderbares Tauschgeschäft.

Wie dem Züricher „Vollrecht“ aus Rom gemeldet wird, schlägt die Amnestie, die in Italien am 31. Oktober in Kraft treten wird, nur Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und schwere politische Verbrechen aus, für die keine Milderungsgründe gemacht werden können. In politischen Kreisen verfährt man, die Amnestie komme besonders den kommunistischen Parteiangehörigen zu gut. Mussolini habe damit der Sowjetregierung, mit der gegenwärtig Handelsvertragsunterhandlungen im Gange sind, seine guten Absichten bewiesen wollen. Der Gewerbetreter in Rom habe seinerseits die Versicherung abgegeben, daß die kommunistische Bewegung in Italien von Russland nicht mehr finanziell unterstützt werden soll.

# Gewerkschaftsbewegung

## Um den Achtstundentag.

II.\*)

Durch Tarifvertrag kann die Arbeitszeit nach § 5 über acht Stunden ausgedehnt werden. Die längere Arbeitszeit gilt in diesem Falle für alle Arbeitnehmer, für die der Tarifvertrag verbindlich ist. Ist der Tarifvertrag mit längerer Arbeitszeit nicht für allgemein verbindlich erklärt, soll die oberste Landesbehörde anordnen können, daß die tariflich verlängerte Arbeitszeit im Geltungsbereich des Tarifvertrags auch auf die nicht unter den Tarif fallenden Arbeitnehmer ausgedehnt wird. Für die lohnfeuers Tarifgegner im Unternehmerlager fällt so auch der letzte Antriebsfort, dem Tarifverträge beizutreten und Tariflöhne zu zahlen, weil sie längere Arbeitszeit haben wollen. Nur für den Fall, daß unter Ausnutzung der Rotlage der Arbeitnehmer ihnen von den Unternehmern ein Tarifvertrag aufgezwungen wird, der Bestimmungen über die Arbeitszeit enthält.

„Die mit dem Sinne des öffentlich-rechtlichen Arbeitnehmerschutzes, insbesondere mit der Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer unvereinbar sind, kann die oberste Landesbehörde sie beanstanden und, wenn sie innerhalb einer von ihr festgesetzten Frist nicht geändert werden, selbst Bestimmungen über die zulässige Dauer der Arbeitszeit treffen.“

Wie aus den Bestimmungen in § 4 hervorgeht, die von Rücksicht auf die Schutzbedürftigkeit der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, insbesondere aber der Lehrlinge, recht weit entfernt sind, müßte es schon ganz übel aussehen, bevor die oberste Landesbehörde eingreifen kann. Umgekehrt aber wird sie viel eher eingreifen:

„Sind in einem Tarifvertrage die näheren Bestimmungen über die Arbeitszeit besonderer Vereinbarung oder der Entscheidung durch besondere Stellen vorbehalten, so kann, wenn eine Vereinbarung oder Entscheidung in einer von der obersten Landesbehörde bestimmten angemessenen Frist nicht zustandekommt, die oberste Landesbehörde Bestimmungen über die zulässige Dauer der Arbeitszeit treffen, die solange gelten, bis die Vereinbarung oder Entscheidung vorliegt. ... Die Anordnungen der §§ 3, 4 und 10 gelten auch neben Tarifverträgen.“

Wie aber dann, wenn die Arbeitnehmer sich einmal weigern, eine verlängerte Arbeitszeit tariflich zu vereinbaren, weil die übrigen Tarifpositionen unannehmbar sind, die Unternehmerorganisation lediglich deshalb einen Tarifvertrag eingehen will, um eine längere Arbeitszeit herauszuschlagen? Dafür ist in § 6 für die Großbetriebe gefordert:

„Soweit keine tarifliche Regelung besteht, kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine ... (vom Achtstundentag) abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerrechtlich zugelassen werden, sofern sie bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen oder im Interesse einer volkswirtschaftlichen Steigerung oder Verbilligung der Gütererzeugung geboten ist.“

Die behördliche Regelung wird durch eine nachträgliche tarifliche Regelung aufgehoben — nachdem sie ihren Zweck erfüllt, die tarifliche Festlegung gewissermaßen erzwingen ist.

Für Gewerbebezüge oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, insbesondere für die Arbeiter im Bergbau unter Tage sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, ist nach § 7 eine Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit nur vorübergehend zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist. Also nur diesen Arbeitergruppen bleibt der Achtstundentag in der Hauptsache erhalten. Für den Bergbau enthält der § 8 besondere Vorschriften, die die Siebenstundenschicht auf acht Stunden und diese auch noch insofern verlängern, als nun die Ein- oder Ausfahrt in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet wird.

Nach § 9 darf die Arbeitszeit im Falle des § 7 auch bei Ausnahmen neun Stunden täglich nicht überschreiten. In allen anderen Fällen aber soll die Ueberschreitung einer

### Grenze von 10 Stunden

nur aus dringenden Gründen des „Gemeinwohls“ zulässig sein. Die gesetzlichen Vorschriften über die Mindestarbeitszeit und über den Schutz von weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmern bleiben unberührt.

Die Strafbestimmungen regelt § 11. Sie entsprechen im wesentlichen den bisher in den Demobilisationsverordnungen enthaltenen Bestimmungen. Die Höhe der Geldstrafen kann nach dem Geldstrafengesetz vom 17. April 1923 und dem Gesetz über Vermögensstrafen und Bußen vom 13. Oktober 1923 bis auf 1000 Millionen, bei Gewinnjagd bis auf 10 000 Millionen bemessen werden. Ob sie ernstlich angewandt werden, ist nach der bisherigen Praxis recht fraglich.

Damit das Unheil verhütet wird, daß für die Unternehmer etwa daraus erwachsen könnte, daß in einem Reichsstariftvertrag oder einem sonstigen Tarifvertrage von längerer Geltungsdauer, die 46- oder 48stündige Wochenarbeitszeit nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch etliche Wochen oder Monate erhalten bleibt, können nach § 12 solche Bestimmungen

„mit Frist von einem Monat gekündigt werden, ohne daß durch die Kündigung die Beträge im übrigen beeinträchtigt werden. Ist jedoch der Tariflohn nach Tagen, Wochen, Monaten oder längeren Zeiträumen als Zeitlohn bemessen, so wirkt die Kündigung auch für diese Tarifbestimmungen.“

Auch zu dieser Bestimmung, die die grundsätzliche Bestimmung im § 1 des Entwurfs bewußt über den Haufen wirft und so rasch wie möglich mit dem allgemeinen Achtstundentag aufräumt, werden die Gewerkschaften noch ein Wort mitzureden haben. Durch den letzten Satz wird immerhin die Möglichkeit geboten, bei Verlängerung der Arbeitszeit eine entsprechende Lohnerhöhung zu vereinbaren.

Soweit der Inhalt des Entwurfs, dessen schließliche Gestaltung von den Arbeitnehmervertretern im Reichstag zu verbessern, von den Vertretern der Unternehmer und ihrem ganzen reaktionären Anhang aber noch weiter zu verschlechtern versucht werden wird.

### Der Tarifstreit im Bankgewerbe.

Im Bankgewerbe ist, nachdem die Lage sich in den letzten Tagen erheblich zugespitzt hatte, jetzt bis Donnerstag zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen ein Waffenstillstand beschlossen worden. Durch Schiedsspruch ist den Banken, die in der vorigen Woche das dreifache Gehalt der vorausgegangenen Woche bezahlt hatten, aufgegeben worden, eine zweite Zahlung in fünfacher Höhe zu leisten. Am Donnerstag wird dann im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht zusammentreten, das einmal über die Lohnregelung für die laufende Woche, dann aber auch über die Frage der wertbeständigen Bezahlung entscheiden soll. Der Allgemeine Verband

\*) Siehe die gestrige Morgenausgabe.

der deutschen Bankengesellen hat eine Erklärung dahin abgegeben, daß er seine Zustimmung zu dem neuen Abkommen erst dann erteilen könne, wenn der in den nächsten Tagen zu erwartende Gesamtschiedsspruch vorliegt.

### Die neue Unternehmermethode.

Die Firma Dr. E. F. Huth, die wohl zu den Unternehmungen gehört, welche in den letzten Jahren Riesengewinne gehabt haben, ist mit einer Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter aufgetreten, die wohl nicht mehr zu überbieten ist. Ohne mit dem Betriebsrat zu verhandeln und ohne Angaben von Gründen verkündet sie für heute, Dienstag, die Schließung des Betriebes. Das alles, nachdem die Belegschaft schon seit Dienstag voriger Woche auf Geld wartet und die Firma noch stundenlangem Warten nach Feierabend einmal 25 und einmal 10 Milliarden für Hocharbeiter ausgezahlt hat. Das provozierende Verhalten der Firma hat allerdings eine leichtverständliche Erregung im Betrieb verursacht, die der Geschäftsleitung als Vorwand dienete, ihren Betrieb bereits am Sonnabend 1 1/2 Stunden früher zu schließen. Irgendwelche Gewaltmaßnahmen der Belegschaft sind jedoch nicht vorgekommen.

Die Löhne in den Metallgewerken werden für die Zeit vom 22. bis einschließlich 28. Oktober erhöht in Klasse I um 5498, in Klasse II um 5873, in Klasse III um 5084, so daß die Tariflöhne in Klasse I 8200, in Klasse II 6050 und in Klasse III 5700 Millionen Mark pro Stunde betragen.

In jeder Woche wird dreimal ein Vorschuh gezahlt, und zwar pro Arbeitstag für Arbeitnehmer über 18 Jahre 25, für Jugendliche 5 und für Lehrlinge 4 Milliarden Mark.

Die Tage der Vorschuhzahlungen werden der Vereinbarung im Betriebe überlassen. Dieser Vorschuh ist außer der offiziellen Lohnzahlung zu zahlen. Erfolgt z. B. am Mittwoch die Endabrechnung für die vergangene Woche, so ist außerdem noch der Vorschuh zu zahlen.

## An unsere Inserenten!

Um unsere Berechnungsart für Anzeigen den Bedürfnissen des Geschäftsverkehrs anzupassen, berechnen wir vom 1. November ab Anzeigen in Goldmark, und zwar bis auf weiteres: Geschäftsanzeigen in der Gesamtauflage 0,70 Goldmark, im Reklameteil die 90 mm breite Zeile 3,50 Goldmark, in den Bezirksausgaben 0,40 Goldmark, Familienanzeigen für Abonnenten 0,50 Goldmark, unter kleine Anzeigen das selbstdruckte Wort 0,20 Goldmark, jedes weitere Textwort 0,10 Goldmark.

### Zahlungsbedingungen:

1. Die Rechnungen werden in Goldmark ausgestellt. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.
2. Die Rechnungen sind sofort nach Empfang zahlbar; die Beträge müssen spätestens acht Tage nach dem Datum der Rechnung in unseren Händen sein.
3. Die Zahlung erfolgt durch a) Goldgro-Ueberweisungen, Goldscheck; b) Devisen, soweit gesetzlich zulässig; c) Dollar-Kontenüberweisungen, Goldanleihscheine oder — nach freier Vereinbarung — ähnliche Anleihscheine; d) Rentenmark; e) Papiermark. — Gutschrift der Zahlungsmittel erfolgt zu dem am Zahlungshabergang letzter bekannten amtlichen Berliner Kurs.
4. Bei Zahlung nach Fälligkeit können unter Vorbehalt der Geltendmachung anderer Rechte Bankzinsen und Kosten berechnet werden.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Löhne in der Gemischten Industrie. Das Zentraltarifamt hat folgenden Spruch gefällt: Der Spitzenlohn des über 20 Jahre alten männlichen Arbeiters der Hochgruppe II beträgt für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober 5 850 000 000 pro Stunde. Die Löhne der übrigen Hochgruppen, Ostklassen, Kategorien und Altersklassen werden in der bisherigen Weise errechnet. Die Kinderzulage beträgt pro Kopf und Woche 5 600 000 000. Die Höchstgrenze für die Zulage nach § 7 ZStB wird auf 86 000 000 für die Stunde festgesetzt. Folgende Vorschüsse wurden für Freitag vereinbart: Gruppe I 100 000 000 000, Gruppe II 70 000 000 000, Gruppe III 50 000 000 000. (Nähere Auskunft im Verbandsbureau der Fabrikarbeiter.)

Im Chemigraphie-, Kupfer-, Tief- und Lichtdruckgewerbe wurden in zentralen Verhandlungen folgende Löhne für die Woche vom 20. bis 26. Oktober vereinbart: im ersten Gehaltsjahr 182, bis zu 21 Jahren 208, von 21 bis 24 Jahren 234 und über 24 Jahre 260 Millionen. Weiter erhalten die Gehilfen für den Wegfall der Wochepause als Entschädigung eine Lohnstunde (Wochenlohn dividiert durch 48). Dieser Lohn ist spätestens heute, Mittwoch, restlos auszusahlen. Am Freitag (2. November) sind den Gehilfen 75 Proz. dieser Löhne als Vorschuh für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November zu zahlen. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 16,4, im zweiten 20,8, im dritten 25,7, im vierten Lehrjahre 31,2 Millionen.

Im Stein- und Lithographie- und photographischen Kunstdruckgewerbe fällt das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch, der in der Spitze 245 Millionen festsetzt. Ueber die Frage, ob dieser Schiedsspruch angenommen werden soll, wird eine Versammlung am Donnerstag (1. unten) entscheiden.

Photographen in der Filmindustrie! Der Lohn für die Woche vom 21.—28. Oktober beträgt 245 Milliarden in der Spitze. Für die Woche vom 29.—8. November wird täglich der dreifache Preis eines Berliner Normalbrottes als Vorschuh gezahlt. Der endgültige Lohn wird am Freitag festgelegt.

Die Angestellten im Baugewerbe erhalten als Antoniozahlung weitere 150 Septembergehälter. Endgültige Verhandlungen heute. In der Chirurgiemechanik ist schnellstens ein weiterer Vorschuh in Höhe des 100fachen Septembergehaltes auszuzahlen. Ueber das endgültige Oktobergehalt wird Freitag verhandelt. Im Buchhandel kommen heute weitere 100 Septembergehälter zur Auszahlung. Im Papier- und Pappengroßhandel wurden für Oktober insgesamt 320 Septembergehälter vereinbart; im Buchdruck- und Buchbindereigewerbe ein Gehalt von insgesamt 350 Septembergehältern. In der Kartonnagenindustrie sind 315 Septembergehälter für Oktober zu zahlen. Die Arbeitgeber der Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte haben einseitig eine Auszahlung für heute in Höhe von etwa 110 Proz. der Auszahlung der Vormoche beschlossen. Weitere Verhandlungen heute abend. In Brauereien werden weitere 60 Septembergehälter à Konto Oktober gezahlt. Im Hotel- und Gastwirtsgebiet sind weitere 65 Septembergehälter auszuzahlen; bis zum 2. November müssen 180 Septembergehälter gezahlt sein. Endgültige Verhandlungen in den nächsten Tagen.

Die Streikwelle in Polen schwilt an. Der Eisenbahnerausstand in Warschau und Krakau dauert unverändert an und auch andere Bezirke Ostpolens sind davon ergriffen worden. In Krakau streiken außerdem Teile der Postbeamten. Auch auf Bolen und Kommerellen hat der Streit übergriffen. In Polen streiken seit Sonnabend die Eisenbahner und der größte Teil der Postbeamten.

WV-Kaufmannsvereinsmänner. Melafestbesuch. Morgen (Donnerstag) abend 7 Uhr in den Ruffertallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Bericht über die Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium. — Die Verhandlungen zur endgültigen Festlegung der Oberbereitschaft im Reichsarbeitsministerium finden morgen, Donnerstag, statt. Die Mitglieder des WV-Reliefartikels werden ersucht, sich nach Bestätigung im Saal des WV, zmeds Stellungnahme zu dem Ergebnis einzufinden. — WV-Mitglieder: Günther, Rofner, Vorthe.

Zentralverband der Arbeiter. Fahrgruppe Melafest: Heute abend 10 Uhr in den Ruffertallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11, Mitgliederversammlung. „Wirtschaft und Wohlfahrt.“ Referent: Kollega Frick Schröder vom D. V.

Schleifbrüder und Lithographen. Morgen (Donnerstag) 6 Uhr Versammlung im Reichsarbeitsministerium. Stellungnahme zum Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums. Praktisches Schreiben unbedingt erforderlich. Die Versammlung trifft um 4 1/2 Uhr. Die Gruppenleitung. — Der volle Monatsbeitrag für die Woche vom 20.—26. Oktober beträgt 5,50 Millionen. Die Strecken für die Arbeitslosen beträgt 5 Millionen. — Der Oktoberlohn:

# Wirtschaft

## Preis, Lohn und Goldrechnung

Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel hat die Rotierung vieler Warenpreise in Gold zur Folge gehabt. Viele Preise liegen über den Vorkriegsstand. Das ist, soweit Lebensmittel in Frage kommen, nicht erstaunlich. Die hauptsächlichsten Nahrungsmittel werden, nachdem die Zwangswirtschaft aufgehört hat, bestimmt von den Weltmarktpreisen. Aber auch am Weltmarkt, der überwiegend in Goldwerta, also in Gold rechnet, liegt das Preisniveau erheblich, mindestens um 60 Proz. über den Vorkriegsstand, bei einzelnen Waren noch mehr. Demnach müssen die Lebensmittelpreise, die im freien Markt entstehen, gleichfalls weit über den Vorkriegsstand liegen.

Ganz anders sieht es mit dem Lohn oder, bei Angestellten und Beamten, mit dem Gehalt. Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel, die tägliche Befanntgabe der Goldumrechnungskurse hat den Schiefer der Milliarden vernichtet, der bisher über den Löhnen lag. Berufs, die ein Drittel bis die Hälfte des Vorkriegslohnes verdienen, gehören bereits zu den gutbezahlten Berufen. Die große Mehrzahl bleibt hinter diesem Verhältnis noch zurück.

Und doch liegen die Preise inländischer Fabrikate weit über denen des Weltmarktes, trotz der niedrigen Lohn- und Gehaltsstände?

Sie wird aufgezehrt durch gewaltige Gewinne der Industrie — das ist eine an sich richtige, aber nicht erschöpfende Erklärung. Denn wenn man die gesamten erkennbaren Gewinne der Industrie nähme — längst nicht alle sind zu erkennen — und man verteilte sie auf die gesamte Arbeiterschaft, so würde diese dadurch nicht wesentlich reicher. Größer noch ist der Betrag an Gewinnen, die als Abschreibungen, Beteiligungen an anderen Unternehmungen im In- und Ausland verschwinden sind. Die Inflationswirtschaft mit ihrer rücksichtslosen Abwälzung aller Risiken auf die Verbraucher hat dazu geführt, daß die Produzenten dem Markt ihre Preise diktieren konnten. Wurde der Lohn erhöht, so legte man die Preise noch mehr herauf; man fragte nicht mehr danach, ob die Gesamtheit der Verbraucher diese Preiserhöhung auch ertragen würde. Man verweigerte den Goldlohn, während man den Goldpreis nahm. Die Kartelle setzen ihre Preise nicht danach fest, wie ein Produkt am sparsamsten produziert werden konnte, sondern danach, daß jeder noch so unwirtschaftlich arbeitende Betrieb seine Kosten und einen anständigen Gewinn erzielte. Diese hemmungslose Gewinnwirtschaft führte zu einer Vergeudung in Produktion und Warenverteilung; sie kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß der geringe Bedarf eines ganzlich verarmten Volkes von einer größeren Zahl Händler geliefert wird, daß die Verwaltungsarbeit bei Behörden und Privaten von mehr Menschen als vordem versehen wird, kurz, daß die Zahl der produktiv Tätigen im Verhältnis zu der Zahl der Verbrauchenden gesunken ist.

So blieben die Löhne zu niedrig, die Preise aber überhöhten sich. Die Wirtschaft hatte sich auf die krankhaften Existenzbedingungen der Inflationswirtschaft eingestellt, und nur unter den schwersten Erschütterungen, unter Abkühlung und Arbeitslosigkeit, sucht sie sich eine neue Arbeitsgrundlage. Die Kosten der Umstellung trägt das Proletariat, das von Arbeit und Verdienstmöglichkeit ganz oder teilweise ausgeschlossen ist, und das selbst bei voller Arbeit nicht genug verdient, um auch nur ein farg zu nennendes Leben zu fristen.

Es kommt alles darauf an, den Umstellungsprozess zu beschleunigen, unrationelle Produktionsmittel auszuschalten, die Gütererzeugung auf gesunder Grundlage zu fördern. Dazu aber sind wesentliche Vorbedingungen die Stärkung der Kaufkraft berer, die noch wirtschaftlich notwendige Arbeit versehen, sowie die Durchführung der Währungsreform und die Sanierung der Staatsfinanzen, damit der Wertschwund des Geldes und des Lohnes endlich aufhört.

### Amtliche Devisenkurse.

	30. Oktober		29. Oktober	
	Käufer (Deib.) Kurs	Verkäufer (Deib.) Kurs	Käufer (Deib.) Kurs	Verkäufer (Deib.) Kurs
1 holländ. Gulden . . .	25137000	25269000	25137000	25269000
1 argent. Papier-Peso . . .	208490000	20451000	208490000	20451000
1 belgischer Frank . . .	3252000	3288000	3252000	3248000
1 normiesische Krone . . .	6975000	10025000	6975000	10025000
1 dänische Krone . . .	11172000	11228000	11172000	11228000
1 schwedische Krone . . .	16957000	17043000	16957000	17043000
1 finnische Mark . . .	1746000	1754000	1746000	1724000
1 japanischer Yen . . .	30925000	31077000	30925000	31077000
1 italienische Lira . . .	2913000	2927000	2913000	2927000
1 Pfund Sterling . . .	289275000	290725000	289275000	290725000
1 Dollar . . .	64838000	65162000	64838000	65162000
1 französischer Frank . . .	3791000	3809000	3791000	3789000
1 brasilian. Milreis . . .	5789000	5814000	5985000	6015000
1 Schweizer Frank . . .	11571000	11629000	11571000	11629000
1 spanische Peleta . . .	5778000	5822000	5778000	5822000
1 öster. Krone (abgeft.) . . .	918	922	908	912
1 tschechische Krone . . .	1895000	1905000	1895000	1905000
1 ungarische Krone . . .	3491	3509	3491	3509
1 bulgarische Lewa . . .	608000	612000	608000	612000
1 jugoslaw. Dinar . . .	768000	772000	768000	772000

Verantwortlich für Politik: Ernst Henrich; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner; Familien: Dr. John Schittowski; Soziales und Sonstiges: Erik Kasper; Anzeigen: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Duncker-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, Bierz 1 Uellang.

Nähr dich mit Borath

## Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Gesundheit ist Reichtum, ihre Vernachlässigung zeitigt kostspielige Folgen. Deshalb macht sich zum Beispiel eine hygienisch vollkommene Zahnpflege vielfältig bezahlt, wird auch jedermann erspargt durch die maßvolle Preisgestaltung der verblüffend wirkenden

### ZAHNPASTA NIVODONT

Ebenso tragen Anwendungen für vorbeugenden Schutz gegen die Ansteckkrankheiten der rauhen Jahreszeit: Grippe, Diphtherie usw. hohen Nutzen. Solchen Schutz gewahren zuverlässig die auch gegen übles Mundgeruch sicher wirkenden

### CALCIFORM-TABLETTEN

Man bestehe in allen einschlägigen Geschäften auf NIVODONT und CALCIFORM!

Und man achte überall auf den Raben!



Spart mit dem Brennstoff!

Der Winter steht vor der Tür. Deutschlands arbeitendes Volk sieht ihm mit Sorgen entgegen. Tausende von Familien werden ihre Stuben gar nicht oder nur kärglich heizen können.

Die Brennstoffe.

Anthrazit und Steinkohle, die hohen Kohlenstoffgehalt und damit hohen Heizwert besitzen, kommen für den deutschen Haushalt als Brennstoff kaum noch in Betracht. Der Hauptbrennstoff für unsere Haushaltungen ist neben dem Holz die Braunkohle und die aus ihr erzeugten Briketts.

Table with 9 columns: Brennstoffe, Gewichtshundertteile (Kohlenstoff, Wasserstoff, Sauerstoff u. Stickstoff, Schwefel, Wasser, Asche), Heizwert von 1 kg in WE\*, Theoret. erforderliche Luftmenge in kg. Rows include Holz, Torf, Braunkohle, Briketts, Steinkohle, Anthrazit, and Koks.

\* WE = Wärmeinheit oder Kalorie, diejenige Menge Wärme, die aufgewandt werden muß, um 1 kg Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen.

Aus der Tabelle ergibt sich, daß Anthrazit und Koks den höchsten Kohlenstoffgehalt besitzen und damit die höchste Menge von Wärmeinheiten abgeben. Sie benötigen die größte Menge Verbrennungsluft und daher größere Kofflächen als die übrigen Brennstoffe.

Der Kochherd.

Der größte Teil der Berliner Kochherde ist nicht für die Verwendung von Braunkohle gebaut. Die Zeit, wo man in mehreren Töpfen gleichzeitig Essen kochte, ist für die meisten vorbei. Beim Eisenkochen kann nur eine Temperatur von 100 Grad im Kochtopf erreicht werden.

und 16 Zentimeter breit, bei Verwendung von Steinkohlen und Koks soll sie etwa 250 Quadratzentimeter betragen. Zu große Kofflächen verkleinert man vorteilhaft durch Einfügen entsprechend großer Mauersteine. Die Kofflächen sollen immer ganz mit Brennstoff bedeckt sein.

Die Bedienung der Herdfeuerung.

Vor jedem Anfeuern ist der Kof zu reinigen. Der Ascheraum ist täglich zu entleeren. Zum Anfeuern trockenes, etwa 12 bis 15 Zentimeter langes dünnspindiges Holz verwenden. Papier muß zum Feueranmachen klein gerissen werden. Briketts sollen in Eisgröße zerhackt werden.

Der Gaskocher.

Wenn in einem Gaskocher die Flamme zurückschlägt, so ist entweder zu wenig Gas oder zu viel Luft im Mischrohr. Neue Gaskocher sind zur Einstellung der Luftzufuhr mit einem Luftschieber versehen. Bei älteren Konstruktionen fehlt dieser Schieber.

Es könnten im Vorstehenden nur Anregungen gegeben werden. Wir geben daher noch eine Reihe von verhältnismäßig billigen Broschüren bekannt, die über diese Dinge eingehend berichten und die jedem, der sie aufmerksam durcharbeitet, den größten Nutzen

bringen können. 1. Erziehung zur sparsamen Brennstoffverwendung (Verlag der Hauptstelle für Warmwirtschaft, Darmstadt), 2. Warmwirtschaft in der Küche (Albert Bährle, Verlag, Berlin SW. 29), 3. Der eiserne Zimmerofen (Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin), 4. Die Wärmeverwertung im Haushalt (Verlag des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW. 7, Sommerstr. 4a), 5. Heizkunde im Haushalt (Verlag Hellwig'sche Verlagsbuchhandlung, Hannover), für den Schulunterricht sind insbesondere erschienen: 6. Von Herdstammen und Ofenglut und 7. Die Warmwirtschaft des Hausbrandes im Unterricht unserer Schulen (6. und 7. Verlag Joh. Albert Bährle, München, Karlsplatz 24).

Hitlers Vertrauensmann.

Betrügereien eines gefährlichen Hochstaplers.

Ein alter Hochstapler, der sich auch einen politischen Anstrich zu geben beliebt, wird von der Berliner Kriminalpolizei eifrig gesucht. Unter dem Namen „Prinz Hanshorst v. Hsenburg-Bierstein“ tauchte er einmal in Bayern auf und spielte mit gefälschten Papieren den Vermittler zwischen inhaftierten Franzosen, die als lästige Ausländer ausgewiesen werden sollten.

Der Mangel an Zahlungsmitteln.

In den letzten Tagen haben sich an den Kassen, die mit der Auszahlung von Unterstufungen betraut sind, infolge des Mangels an Zahlungsmitteln wieder sehr unangenehme Auftritte abgespielt. Die sozialdemokratische Stadtabordnetenfraktion hat daher folgenden Einglichkeitsantrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei der Reichsbank dringend dahin vorstellig zu werden, daß die nötigen Zahlungsmittel zur Auszahlung der Unterstufungen an Erwerbslose, an Sozial- und Kleinrentner, sowie an alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger schnellstens beschafft werden.

Das Warten bei der Rentenauszahlung.

Zu erregten Szenen kam es gestern, wie uns mitgeteilt wird, auf der Zahlstelle des Postamts S. O. 33, Stalher Str. 74. In früher Morgenstunden sammelten sich auf dem Posthof zahlreiche Massen, um ihre Renten in Empfang zu nehmen.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

12]

„Glaubst du, es gibt Unwetter?“ fragte Arnt Nafan. Er blickte Kaneles an und war noch bleicher als vorher.

Und Kaneles blieb ernst und antwortete: „Ach ja, es sieht schlimm aus!“

„Kannst du Kristaver nicht bitten, an Land zu gehen?“ Kaneles war unerschütterlich ernst und antwortete: „Danach fragst du ihn wohl am besten selber.“

Blauheller Wintertag über Land und See. Im Osten zichen sich die Berge wie eine unruhige, nebelgraue Steinwand hin, die zum Himmel aufragt, in Klüfte zerprengt, hier und da mit Schneestreifen, während graue Wolkenschichten um die Gipfel zichen. Buchen und Fjorde schneiden hinein, Landspitzen springen vor, von der ewigen See umspült, Scharen dunkler und gefiederter Seevögel schaukeln sich auf den Wellen in Frost und Wind und lauzhen über das herrliche Wetter.

Im Westen rollt das graue Meer und wirft weißen Gischt empor, wo eine Schäre oder eine Klippe einsam aus dem Meere aufragt. Und jetzt kommen ein paar weißblaue Möwen über die „Robbe“ hingestrichen, sie kreischen im Winde: a—o—o—o, wo wollt Ihr hin — wir kommen mit nach Norden, — nach Norden.

Die drei Nachbarboote hielten sich in Reichweite, nur das vierte, Andreas Ekra auf dem „Sturmoogel“, hatte sich heimlich schon in der Nacht davongemacht, wie es seine Art war, und damit einen Vorsprung gewonnen. Aber einige Bootslängen landwärts reitet „Meerleuchten“ auf den Wellen mit gestängelten Segeln, und Per Suzansa steht am Steuer. Jetzt legt das Boot sich auf die Seite, daß man all die gelben Delmügel und die härtigen Gesichter an Bord sieht, im nächsten Augenblick wirft eine Welle es auf die andere Seite, so daß alle an Bord verschwunden sind und nur noch die Segel, ein weißer Streifen und der braune Bug sichtbar sind.

südlich auch zu Hause, er ist überall heimisch, wenn er nur segeln kann.

Der Wind nahm zu, der Seegang wurde stärker, Windstöße schlugen über die Berge herab und legten die Boote auf die Seite, daß der Kiel sichtbar wurde.

„Was ist denn da vorn los?“ rief Kristaver und bückte sich, um unter dem Segel durchzusehen.

Vars gab Antwort im Winde: „Arnt Nafan will an Land!“

Dies war der erste tüchtige Segeltag für die „Robbe“, und Kristaver hatte alle Sinne beisammen und verlor die Boot kennenzulernen. Er schwingt die Steuerpinne über dem Kopf, beobachtet Seegang und Takelwerk und prüft mit den Füßen, wie der Rumpf sich bei gleichmäßigem Winde, bei Windstößen und bei Wellen verhält. Er fühlt, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist, es ist nicht das richtige Verhältnis zwischen Takelage und Boot. Weiber und Pferde haben Launen, auch ein Boot hat Launen, und jetzt will er es jähmen. Die „Robbe“ ist so empfindlich gegen jeden Steuerdruck, und bei jedem Windstoß, bei jeder Sturzsee weiß er mehr von dem Boot als vorher. Er wälzt den Priem zwischen den Vorderzähnen und wird immer aufmerksamer. Er läßt die „Robbe“ mit halbem Wind fahren und zwingt sie in Gegenwind hinein; kennen muß er den Kerl, ihm ist, als habe er eine Geige unter den Händen, die er stimmen soll.

„Wie gefällt dir das neue Boot?“ rief Jakob zu ihm hinüber, als die „Meerblume“ ihn einholte.

„Ach, es ist noch zu früh, etwas zu sagen.“

Aber die beiden Kameraden beginnen sich vorwärtszuschieben. Es sieht aus, als lägen sie zu beiden Seiten still und ritten nur mit schäumendem Bug auf den Wellen, aber sie kommen immer weiter voran, schon haben sie Vorsprung, und Kristavers Gesicht wird finster und er beugt den Oberkörper vor, wie um die „Robbe“ mitzugehen.

„Brüht den Lofot, Jungens!“ rief Kaneles zu den anderen hinüber.

Aber da stampfte der Bootsführer mit dem Fuß auf und rief: „Hall's Maul, Dummkopf!“

Neue Wellen, neuer Wind, eine Strecke lang haben sie noch offene See, und die Wellen stürzen über Bord, so daß die Männer schöpfen müssen.

„Was ist jetzt schon wieder los da vorn?“ rief der Bootsführer.

Vars' Stimme antwortete im Winde: „Arnt Nafan ist trant!“

„Meerleuchten“ und „Meerblume“ sind schon ein gut Stück vorn, aber ganz allmählich holt er sie wieder ein, und jetzt begreift er, daß sie barmherzig sind und ihm nicht davon segeln wollen, und daß ist noch schlimmer; die Mut würgt ihm im Hals. Eine größere Schande kam einen Bootsführer nicht treffen.

Sie kamen zwischen Schären, sie mußten durch Sunde fahren, wo Lagerhäuser auf Pfählen ins Meer hineinragten. Gott mochte wissen, wo die Leute wohnten, die hierher kamen, um zu kaufen und zu verkaufen. Dann wieder offenere See. Aber in die graue Bergwand schneidet eine Bucht ein, und da sieht man Rauch aus ein paar verwitterten Häuten aufsteigen. Da mußte Mutter wohnen, dachte Vars, hier würde sie wirklich den Bestand verlieren. Arme Mutter, — wenn Duft ihr nur im Winter gut zur Seite stand!

Und wieder kommen neue Sunde, wo der Wind ihnen gerade entgegenschlägt, so daß man kreuzen muß. Hier sammeln sich die Boote, ein Segel liegt neben dem anderen. Ja, in einem Fahrwasser kreuzen, das nur ein paar Bootslängen breit ist, das heißt unaufhörlich über Stag gehen, und vorn an der Halse sollte Arnt Nafan helfen, so elend ihm auch zumute war, aber er griff immer noch am falschen Tau und war überall im Wege. „Geh' nach vorn, Henrik!“ rief Kristaver, „die Kerls brauchen eine Rindsmagd.“ Und Henrik Rabben lief nach vorn, froh unter dem Segel durch und half, als sie nun abermals über Stag gingen. Elegens konnte schon allein im Hintersteck Schoten und Brassen bedienen.

Der Wind schlug nach Osten um, als das Fahrwasser breiter wurde, und jetzt mußte Henrik wieder nach hinten und Vars an die Halse, denn Kaneles sollte den Auslug übernehmen. Es wurde dämmerig, und in diesem Fahrwasser konnte man sich leicht festfahren.

Und nun erkannte Vars, daß ein Lofotfischer doch etwas mehr ist als ein Mensch, er hat Augen und Ohren und noch verschiedene Sinne, die kein anderer hat. Die Dämmerung nahm zu, ein Blinkfeuer im Westen warf seine Lichter über das Meer, aber wo dieses Licht nicht hintraf, wurde die Dunkelheit nur größer. Sie sahen bald nichts weiter als die weiße Brandung an den Schären vor sich und zu den Seiten, aber sie fuhren dahin und fanden ihren Weg, Kaneles beugte sich weit über den Bootsrand und machte Zeichen mit der Hand in dem weißen Fautschandkuch, und der Vater stand am Steuer und zwang die „Robbe“, mit vollen Segeln dahinzuschleichen.

(Fortsetzung folgt.)

